

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1538  
Circulasse Riesa Nr. 82.

Nr. 128.

Dienstag, 3. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Rundschreibweise (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Kastenweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demillimeter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Beziger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Deutscher Reichstag.

ab. Berlin, 2. Juni 1924.

Die Regierungskabinette sind leer. Präsident Wallat eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr und gibt bekannt, daß folgende 12 Abgeordnete zu Schriftführern gewählt worden sind:

Dr. Wollig (Dnat.), Laverrens (Dnat.), Schwarz-Frankfurt (Zentr.), Frau Teusch (Zentr.), Schmidt-Reihen (Soz.), Frau Vages (Soz.), Frau Vohm-Schuch (Soz.), Venermann (D.Vp.), Pleger (Dem.), Rauch-München (D.Vp.), Lucke-Wiesch (Ver.), Schulte-Frankfurt (Dnat.). Die beiden kommunistischen Kandidaten sind ausgefallen. (Wärmende Klufe b. d. Komm.)

Präsident Wallat weist dann darauf hin, daß das Stammerwände und befreundete Oesterreich von einem surschbaren Schicksalsschlage getroffen worden ist durch das ebenso rachslose wie unfinstige Attentat auf den Bundeskanzler Dr. Seibel. Die Arbeit dieses hervorragenden, selbstlosen und erfolgreichen Mannes ist dadurch jäh unterbrochen worden. Nach den mündlichen Mitteilungen des österreichischen Gesandten ist das Befinden des verletzten Kanzlers zurzeit bedauerlich. Das deutsche Volk, vertreten durch seinen Reichstag, verbindet sich mit dem österreichischen Volke in der innigen Hoffnung, daß der Bundeskanzler seine segensreiche Tätigkeit bald wieder aufnehmen werde. (Lebh. Beifall b. d. bürgerl. Parteien). Der Präsident erbittet die Ermächtigung, der österreichischen Regierung die Teilnahme des Deutschen Reichstages auszusprechen zu dürfen. Diese Ermächtigung wird von der großen Mehrheit des Hauses erteilt, während die Kommunisten Widerspruch erheben. Die Rechte antwortet mit Blinzeln.

### Die inhaftierten Abgeordneten.

Auf der Tagesordnung steht dann der Antrag der Nationalsozialisten auf Aufhebung der Festungshaft des Abg. Kriebel (Nat.-Soz.) und die kommunistischen Anträge auf Freilassung der kommunistischen Abg. Vademann, Weiffert, Urbahn, Jadaich, Freudenmann, Schlicht, Buchmann, Florin und Vidau.

Abg. Dr. Wunderlich (Dnat.) berichtet über die Verhandlungen des Weisheitsordnungs-Ausschusses: Dieser hat beschlossen, das Strafverfahren gegen Vademann (Komm.) für die Dauer der Sitzungsperiode einzustellen und die verhängte Untersuchungshaft aufzuheben, und weiter die gegen Kriebel (Nat.-Soz.) verhängte Festungshaft, die gegen Vademann verhängte Gefängnisstrafe, die gegen Buchmann, Florin und Schlicht in München verhängte Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben. Auch die Untersuchungshaft gegen Jadaich soll aufgehoben werden, das Untersuchungsverfahren aber weiter gehen. Da bei Urbahn die Untersuchung noch schwebt und bei einer Freilassung die Gefahr der Verdunkelung droht, soll in diesem Fall die Untersuchungshaft nicht aufgehoben werden. Bezüglich der Abg. Weiffert, Vidau und Schlicht ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Präsident Wallat teilt mit, daß nach einer Meldung aus München die Abg. Buchmann und Florin bereits aus der Haft entlassen worden seien.

Abg. Vrobauf (Dem.) stimmt für seine Fraktion der Haftbefreiung des Abg. Kriebel nicht zu. (Blitz-Rufe rechts.) Der Ausschuss habe nicht mit gleichem Recht gemessen. Den Attentäter von rechts wolle er freilassen, nicht aber den von links. Das sollte für den Reichstag eine politische Unmöglichkeit sein. Es bestehe das allgerade staatsliche Interesse, daß ein Hochverräter wie Kriebel keine Strafe verdiene. (Anrufe rechts und links: Und die Hochverräter von 1918/19!)

Abg. Koenig (Komm.) erhebt Protest dagegen, daß man den Kommunisten Urbahn anders behandeln wolle als den deutschpolitischen Hochverräter Kriebel. Auch von der Präsidien- und Schriftführerschaft habe man die Kommunisten ausgeschlossen. Urbahn habe keinen Hochverrat begangen, aber hier im Reichstag rufen die Ludenoch und v. Braese, die nachweislich als Hochverräter in München aktiv vorgezogen sind. (Wärm d. d. Nat.-Soz., Klufe: Jubelstürme) Abg. Kahl (D.Vp.) betont, daß keine Fraktion der Aufhebung der Strafbefreiung grundsätzlich nicht zustimme, also auch gegen die Freilassung der Abgeordneten Kriebel und Vademann stimmen werde. Die Entwicklung der Verhältnisse bedinge auch eine Ablehnung von dem früheren Grundlag, daß bei politischen Delikten die Abgeordneten durch die Immunität geschützt werden. Wie werden allerdings in jedem einzelnen Fall sorgfältig prüfen. Die Kommunisten sind an diesen Fragen besonders interessiert, weil sie am meisten an Hochverratsplänen beteiligt sind. Die Kommunisten wollen doch auch den Umsturz der jetzigen Staatsordnung; daraus erklärt sich auch, daß die Ehre des Reichstages entwürdigende terroristische Ausreden der Kommunisten in der ersten Reichstagsitzung. Wir lehnen die Haftentlassungsanträge ab.

Abg. Schrenk (Str.) hebt den großen Unterschied hervor, der seiner Meinung nach zwischen der beantragten Freilassung von Kriebel und Urbahn besteht. Verdammungsgelahr liege bei Kriebel nicht vor, wohl aber bei Urbahn. Abg. Freil (Nat.-Soz.) protestiert dagegen, daß die Fälle Urbahn und Kriebel in einem Atem genannt werden. Kriebel ist im Urteil beklagt worden, daß er aus reinen vaterländischen Motiven gehandelt hat. (Rufe bei den Kommunisten: „Deutscher Freilinger!“ — Abg. Deckert (Komm.) wird zur Ordnung gerufen.) Urbahn dagegen war der Führer des Hamburger Aufstandes, er wollte im Interesse der jüdischen Internationale Deutschland unter das Joch Rußlands zwingen. (Wärm bei den Kommunisten.)

Präsident Wallat weist darauf hin, daß er die Aufgabe habe, die Würde und Weisheitsfähigkeit des Reichstages zu wahren. Wenn erforderlich, werde er von seiner unabweisbaren Pflicht, Abgeordnete von der parlamentarischen Tätigkeit auszuschließen, unmissverständlich Gebrauch machen.

Abg. Dittmann (Soz.) teilt mit, daß seine Fraktion ihre Stellungnahme zur Haftentlassung von Kriebel von der Entscheidung im Falle Urbahn abhängig machen werde.

Abg. Knaue (Deutschnat.) wünscht gleiches Recht für beide Fälle.

Abg. Frau Gohle (Komm.) (Ruth Fischer) nennt den Reichstag ein Affentheater und wird zur Ordnung gerufen. Als sie trotzdem weiter von einem Komödientheater spricht, erhält sie den zweiten Ordnungsruf. Sie ruft dann zum Kampfe gegen die Bourgeoisie auf.

Abg. Vohmann (Deutschnat.) erklärt, die Kommunisten müßten anders behandelt werden als andere Parteien, weil sie den Staat vernichten wollen. — Damit schließt die Aussprache.

Das Haus beschließt zunächst die Freilassung des Abgeordneten Freudenmann (Komm.) Die Abstimmung über den Fall Urbahn ist namentlich.

Die Haftentlassung des Abgeordneten Urbahn (Komm.) wird mit 222 gegen 149 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Auch der Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Kriebel (Nat.-Soz.) verfiel mit 229 gegen 119 Stimmen der Ablehnung. Für die Haftentlassung stimmten nur die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten. Ferner wird beschlossen, auch die kommunistischen Abgeordneten Vademann, Buchmann, Florin, Schlicht und Jadaich frei zu lassen. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr. Rest der Haftentlassungsanträge, gegebenenfalls, auch falls bis dahin die Regierung gebildet ist, Entgegennahme einer Regierungserklärung. Schluß 7/8 Uhr.

### Besprechungen mit dem Reichskanzler.

Nach der Plenarsitzung verhandelte Reichskanzler Marx zunächst mit den Vertretern der Deutschnationalen. Nach dieser Besprechung berief er die Vertreter der Mittelparteien zu sich. Fast sämtliche bürgerlichen Fraktionen hatten um 8 Uhr abends noch Fraktionsbesprechungen abgehalten, um über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler Bericht zu erstatten.

In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Deutschnationalen waren diese durch die Abgeordneten Dergt, Graf Westarp und Schiele vertreten. Während der Besprechung war auch der Landwirtschaftsminister Graf Kautz zugegen. Ueber den Inhalt der Besprechung verhalten die Beteiligten vollkommenes Verschwiegenheit. Wie jedoch von anderer Seite verlautet, dürfte es sich dabei wieder um die Verdon des Herrn Dr. Stresemann sowie um die Zusammenfassung der preussischen Regierung gehandelt haben. In letzterer Beziehung sei, so wird berichtet, anzunehmen, daß der Reichskanzler jede Einwirkung auf innere Angelegenheiten des preussischen Staates ablehnen und in dieser Frage nicht nachgeben werde. In den Abendstunden war es mehr als zweifelhaft, ob es heute noch zu einer Entscheidung in der Regierungsbildung kommen würde.

### Die neuen Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Berlin, 3. Juni. Am Montag hat sich die Situation wieder völlig durch einen Brief des Abgeordneten Dergt an die Deutsche Volkspartei geändert, der bezwecken soll, die Verhandlungen noch einmal mit den Deutschnationalen aufzunehmen. Der Schritt der Deutschnationalen überraschte umso mehr, als die deutschnationalen offiziellen Veröffentlichungen vom Freitag und Sonnabend den Anschein erweckten, als verzichteten die Deutschnationalen völlig auf eine Beteiligung an der Regierung und gingen nun in die verführte Opposition zurück. Der Brief wurde in den Wandlungen des Reichstages sehr lebhaft diskutiert, da er die Lage völlig umgestaltete und den heißen Punkt auf die Tagesordnung setzte: die Freilassung Stresemanns durch die Deutsche Volkspartei. In der Besprechung der Deutschnationalen nämlich, daß Stresemann als Außenminister nicht länger im Amte bleiben soll, da der Kurzwahlwechsel in der Außenpolitik unbedingt vorgenommen werden soll und von Dr. Stresemann nicht durchgeführt werden kann. Die Deutschnationalen betonen, daß dieser Kurzwahlwechsel nicht von heute auf morgen vorzunehmen sei, sondern daß die Linie im großen und ganzen beibehalten werden soll. Einige Fragen, die seit Jahren von den Deutschnationalen diskutiert worden sind, wie die Fragen des Reparationskomplexes, die Militärkontrollen, sollen herausgegriffen werden und den Anlaß zur Neuorientierung geben. Aus diesem Grunde beantragten die Deutschnationalen für sich die Befreiung des Außenministers, wobei sie sagen, daß dieses Amt nicht von einem Parlamentarier bekleidet werden solle, sondern vielmehr von einem Fachminister. Die Aushandlung ist nach ihrer Auffassung allerdings gering. Die Deutschnationalen würden unter diesen Umständen auch in ein Kabinett Marx eintreten, wenn der ihnen zukommende Einfluß gesichert ist, wenn auch für sie das Zusammenarbeiten mit Dr. Marx sich sehr schwierig gestalten würde, zumal weite Kreise der Deutschnationalen öffentlich bekannt haben, daß eine Beteiligung der Deutschnationalen an einem Kabinett Marx nicht in Frage komme. Ziel wichtiger aber ist nach wie vor die Freilassung. Die Deutschnationalen werden unter keinen Umständen in die Reichsregierung gehen, ehe sie nicht bestimmte Garantien haben, daß die große Koalition in Preußen gelöst wird. Sie wollen die Frage an sich gern vertragen, bis die Regierungsbildung im Reich erfolgt ist, um nicht

neue Schwierigkeiten zu bereiten. Nach Ansicht der Deutschnationalen selbst wird die Krise noch einige Tage andauern, falls nicht die Mittelparteien von sich aus neue Lösungen in Vorschlag bringen, durch die eine Regierungsbildung der Mitte ermöglicht wird.

### Die Antwort der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 3. Juni. Die Antwort der Deutschen Volkspartei auf den Brief des Abgeordneten Dergt enthält an sich nichts Neues. Es wird darin mitgeteilt, daß man Herrn Dr. Stresemann nicht fallen lassen will, und daß er solange im Amte bleiben soll, wie er mag und daß es also auf ihn allein ankomme, ob den Wünschen der Deutschnationalen entsprochen werden kann. Der Brief hat bei den Deutschnationalen große Verwirrung hervorgerufen. Man will sich mit dieser Äußerung der Deutschen Volkspartei nicht begnügen. Die Deutsche Volkspartei ist durch den Brief Dergts in eine schwierige Lage geraten, da sie im Falle der Bildung eines Kabinetts der Mitte Stresemann wieder heraufstellen will. Sie kann ihn also jetzt unmöglich fallen lassen und eine präzisere Antwort an die Deutschnationalen erteilen. Auch in der Streifenfrage nimmt die Deutsche Volkspartei keine einheitliche Stellung ein, da die Preußenfraktion seit Bildung der großen Koalition ihre eigenen Wege gegangen ist und schließlich ohne Fühlung mit der Reichstagsfraktion ist. So hängt die ganze Streifenfrage auch beim Zentrum nicht von der Reichstags-, sondern der Landtagsfraktion ab, die bisher mit der Frage überhaupt nicht näher beschäftigt haben.

### Die Demokratische Reichstagsfraktion

schickte gestern nachmittag folgende Entschliessung: Nachdem die Deutschnationale Volkspartei am Freitag öffentlich erklärt hat, daß sie eine Kontinuität der bisherigen Außenpolitik ablehnt und eine Ausänderung auf dem Gebiete der Außenpolitik verlangt, die zu der zwischen den drei bisherigen Regierungsparteien vereinbarten Plattform in diametraler Gegensatz steht, fordert die Demokratische Fraktion den Reichskanzler auf, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und zu einer Regierungsbildung zu schreiten, da eine weitere Unsicherheit die Lage außenpolitisch gefährdet und wirtschaftlich unerträglich ist.

### Protokoll des Deutschen Beamtenbundes gegen die Gehaltsregelung.

Berlin. Zur Erhöhung der Beamtengehälter hat der Deutsche Beamtenbund eine Entschliessung gefaßt, in der es heißt: Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat mit Empörung von der durch Verordnung der Reichsregierung vorgenommenen unsozialen und unzulänglichen Gehaltsregelung Kenntnis genommen. Sie gibt im Hinblick auf die allgemeine Lage und insbesondere wegen der Gehaltsregelung ihrer tiefen Besorgnis für die Gegenwart und Zukunft der deutschen Beamtenschaft Ausdruck und stellt mit großem Bedauern fest, daß die Reichsregierung hierbei kein Verständnis für die Lage der schwer dardenden unteren Beamtensichten gezeigt hat. Die Bundesleitung lehnt die neue Gehaltsregelung mit Entrüstung ab. Sie erwartet vom Reichstage, daß er an Stelle dieser Regelung eine neue setze, die vom sozialen Geist getragen ist und allen Beamten die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebensführung wiedergibt.

### Freilassung der Ruhrgefangenen?

Berlin, 3. Juni. In den Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird heute mitgeteilt, daß die neue französische Regierung tatsächlich entschlossen sei, ohne eine Intervention der deutschen Regierung abzuwarten, die sofortige Freilassung der während des Ruhrkampfes verurteilten Deutschen zu verfügen. Es wird berichtet, daß Dr. Breitscheid mitgeteilt habe, die französischen Linkspolitiker hätten die Freilassung der deutschen Gefangenen nur einer deutschen Linkspartei zugestanden. Dr. Breitscheid habe vielmehr mitgeteilt, daß ihm übereinstimmend versichert worden sei, die Freilassung der deutschen Gefangenen seitens der neuen französischen Regierung werde auf jeden Fall als Geste der Veröhnungsbereitschaft gegenüber Deutschland ausgesprochen.

### Arbeitsaufnahme an der Ruhr.

Essen. Im gesamten Ruhrbergbau sind gestern 85,52 Prozent der Belegschaft der Frühlicht ansetzbar. Im Bergrevier Duisburg, wo die Kommunisten am härtesten vertreten sind, betrug die Zahl der Arbeitswilligen sogar 97,32 Prozent der Gesamtbelegschaft. Es ist nirgends zu Ruhestörungen gekommen.

### 250 Millionen Goldmark Verluste.

Essen. Der Gewerverband gibt bekannt, daß durch den Ruhrbergarbeiterstreik und die dadurch veranlaßte Stilllegung der Kohlenförderung 250 Millionen Goldmark Verluste entstanden sind. Die Nachlieferung für die Kohlen beträgt allein eine große Monatsförderung. Der Ausfall an Arbeitslöhnen erreicht fast 170 Millionen Goldmark.







**Leipzig.** Die im Wachsen begriffene Fabrikation in Leipzig-Plagwitz wohnende, 37 Jahre alte Frau des Eisenbahn-Oberingenieurs Knop machte am Sonntag vormittag in der 11. Stunde im Rückenfeuer an, um das Mittagsessen zu bereiten. Da wahrscheinlich die Sonne zu sehr auf den Schornstein schien, brante das Feuer nicht hell genug, und Frau Knop kam auf dem unglücklichen Gedanken, Spiritus in den Ofen zu schütten. Sie holte eine Flasche mit Spiritus herbei und goss etwas Spiritus auf das Feuer. In diesem Augenblicke explodierte die Spiritusflamme, der Inhalt ergoß sich auf die Kleider der Frau und im Nu hand die Behauerin in hellen Flammen. Sie lief aus der Küche auf den Vorplatz und rief um Hilfe. Trotzdem diese sofort kam, waren die Brandwunden so schwer, daß die Frau nachmittags verschied. Im Hause wohnende Eisenbahner ritten herbei, zogen ihre Uniformstücke aus und erstickten mit diesen die Flammen.

**Leipzig.** Bei den Arbeiten am Reichsbankgebäude ließ man dieser Tage auf den Grundstein der alten St. Peterskirche, der 1607 gelegt wurde. Der Stein ist etwa 45 mal 60 Zentimeter groß und 20 Zentimeter stark und trägt in gutgehaltener, sauber ausgeführter Meißelarbeit die Inschrift: „Anno Dm. 1607 Dienstag in den heiligen Pfingsten da der erst kein um Gottes Hause St. Peter gelegt worden.“ In der Mitte des Steines ist ein kleines vieredriges Loch herausgearbeitet, das eine Miniatururne ohne Inhalt barg; unter der Urne fand man zwei Münzen, die eine etwa in der Größe der früheren Pfund-Markstücke, die andere kleiner. Abgedeckt war der Stein mit einem anderen gleichgroßen, der auf seiner Rückseite ein Kreuz trägt. Der Fund soll in das Stadtgeschichtliche Museum übergeführt werden.

**Doberswerda.** Für die Feier des 1000-jährigen Bestehens der Stadt Doberswerda plant die privilegierte Schützengilde Doberswerda ein großes Festmahl, das am Pfingstmontag mit einem Festgottesdienst eröffnet werden soll. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein historischer Festzug. Auch der Dienstag ist ausgefüllt mit festlichen Veranstaltungen. Ein Feuerwerk auf dem Festplatz schließt den zweiten Tag ab. Auch für den dritten Tag sind noch zahlreiche Festlichkeiten vorgesehen. Bei gutem Wetter ist mit starkem Besuch von auswärts zu rechnen.

### Niesner Ferienwanderungen.

#### Wanderkarten 1924.

- Nr. 1. Sonnabend, 7. 6.: Burdorf, Liebenwerda, Osterwerda, 12 Jahre, 90 Wk., 1/7 Bahnh., Herr Rietschin.
- Nr. 2. Dienstag, 10. 6.: Coswig, Moritzburg, Nieserau, 11 Jahre, 140 Wk., 1/7 Bahnh., Herr Rübenmeister.
- Nr. 3. Mittwoch, 11. 6.: Dirlsdorf, Goltwald, Diederich, 10 Jahre, 90 Wk., 1/7 Dampfschiff, Herr Rüd. Doermann.
- Nr. 4. Donnerstag, 12. 6.: Mügeln, Reitzna, Klosterbuch, Hochweitzchen, 11 Jahre, 120 Wk., 1/7 Bahnh., Herr Käffig.
- Nr. 5. Freitag, 13. 6.: Meißen, Votel, Siebeneichen, Albrechtshaus, 10 Jahre, 130 Wk., 1/7 Dampfschiff, Herren Thielmann und Gähne.
- Nr. 6. Sonnabend, 14. 6.: Dornreichenbach, Hubertusburg, Colln, Osdag, 12 Jahre, 1.—Ml. Herr Jobst Schneider. Die „Förderer“ des Ortsausschusses sind berechtigt, sich den Wanderungen anzuschließen. Anmeldungen täglich 10 bis 1 Uhr bei Herrn Frauen-dorf, Bismarckstraße 15a, 1. Trepp.

#### Verurteilung.

Ein Muttermörder. In München verurteilte ein 20 Jahre alter Schreiner namens Buchardt in der Wohnung seiner Mutter in der Sembinger Straße dieser mit einem Messer zwei Töchter auf den Vorder- und Hinterkopf und verletzte sie schwer. Der Täter stellte sich am Sonntag früh selbst der Polizei. Nach seinen Angaben hat er die grausige Tat in der Aufregung im Verlaufe eines Streites begangen. Er hat seiner Mutter zwei Schläge mit der Schneide des Messers versetzt und als sie zusammengebrochen sei, die Verletzte mit 15 Mark an sich genommen und das Geld verbraucht. Die Schwerverletzte mußte durch den Rettungsdienst in die chirurgische Klinik gebracht werden.

Eine Fälscherwerkstatt neben der Reichsdruckerei. Vor einigen Wochen waren zwei Fälschmänner zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Sie hatten Reichsbanknoten angefertigt und durch einen gewissen Willt Schulz in den Verkehr gebracht. Schulz entließ seinerzeit, bei der Verhaftung der Fälschmänner und war zunächst nicht zu finden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß er wieder einen Druckermeister und zwei Drucker dazu überredet hatte, mit ihm zusammen falsche Banknoten herzustellen, und zwar wurden Reichsbanknoten zu 1 Billion gefälscht. Schulz hatte neben der großen Werkstatt in der Prinzessinnenstraße noch einen Schuppen in der Dränenstraße in der Nähe der Reichsdruckerei. Hier hatte er eine kleine Druckererei eingerichtet, in der er ebenfalls falsche Scheine anfertigte. Schulz ging von einer Werkstatt zur anderen, um den Fortschritt zu kontrollieren. Als er am Sonntagabend wieder einmal nach der Prinzessinnenstraße kam, wohin er alle seine Leute zu einer Konferenz zusammenberufen hatte, nahmen Kriminalbeamte die ganze Gesellschaft fest. Es waren nicht weniger als zehn Mann.

#### Verlängerung des deutsch-spanischen Handelsabkommens.

Zwischen der Reichsregierung und der spanischen Regierung ist durch Notenwechsel vereinbart worden, die Gültigkeitsdauer des am 31. Mai abgelaufenen modus vivendi um einen Monat, d. h. bis zum 30. Juni einschließend zu verlängern. Innerhalb dieses Zeitraums wird die spanische Regierung aufgrund des Berichtes des zur Prüfung der deutschen Wirtschafts- und Finanzverhältnisse nach Deutschland entsandten Sachverständigen, der erst in diesen Tagen in Madrid zurückwartet, die Entscheidung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag auf Aufhebung des Valutaschlags auf deutsche Waren treffen.

**Berliner Börse am Montag.** Die neuesten Vermutungen über die Regierungsbildung namentlich die Wiederkehr der alten Regierung überrascht die Börse nicht. Man ist weit davon entfernt, eine solche Lösung für endgültig anzusehen. Im Augenblick wird sie aber wesentlich zur Beruhigung beitragen, weil sie wenigstens eine vorläufige Lösung des Reparationsproblems ermöglichen würde; und das ist für die Wirtschaft z. B. die Hauptsache, da die Kreditfrage und die Währungsfrage eng hiermit zusammenhängen. Die Börse ist demnach heute recht unerschütterlich gestimmt, wenn sie sich auch immer noch nach der knappen Geldbedeckung strecken muß, die die ganze Wirtschaft bedingt. Auch das Ausland scheint heute wieder mit Käufen am Markt zu sein. Für täglich Geld hört man einen unveränderten Satz von 1/2 pro Wille. Am Devisenmarkt rechnet man wieder mit einer Erhöhung der Aufteilung, auch in den Hauptdevisen.

**Schne hat Geld.** Infolge der Geldknappheit erhielten, wie die B. Z. berichtet, bei der letzten Wochensloßauszahlung in einzelnen Schußfabriken in Wismarsen in der Wals die Arbeiter an Stelle von Vorkrediten Schilde, die sie nun abzugeben versuchen, um die Mittel zum Leben zu haben. Diese Art der Entlohnung erinnert an längst überholene Verhältnisse aus dem Mittelalter der Bauern.

Währenddessen, während der die Welt einen großen Schok, so diese Entlohnung der Arbeiter erregend ist. In Deutschland ist das sogenannte Trodighem, d. h. die Entlohnung der Arbeiter mit Waren verboten, nur das Verbot der Landarbeiter macht eine Ausnahme.

#### Raus und Wissenschaft.

**Bekämpfung der schädlichen Serumwerke.** In Gegenwart der Spitzen der Staats- und städtischen Behörden, sowie von Vertretern der Wissenschaft, der Presse und vieler geladener Gäste fand gestern nachmittag eine Besichtigung der in die ehemalige Tierärztliche Hochschule verlegten schädlichen Serumwerke, u. a. statt. Nach einer Begrüßungsansprache des Direktors Reichelt in der die Entwicklung und Bedeutung des Infektins geschildert wurde, und nach Vorträgen des Geh. Medizinalrats Prof. Dr. Junip, der das hauptsächlichste Arbeitsgebiet des Serumwerkes behandelte und des Herrn Dr. Böhm, der sich über die Maschinenherstellung und Verfertigung zahlreicher Länder mit Schutz- und Heilmitteln aus dem Institut verbreitete, fand unter Führung der Direktoren Reichelt und Weidte, sowie des Profektors Dr. Reichardt und Dr. Veder ein Rundgang durch die verschiedenen Abteilungen des Werkes statt, wobei den Gästen die Bedeutung und die Aufgaben der einzelnen Abteilungen in der anschaulichsten Weise erläutert wurden.

#### Turnen, Sport und Spiel.

**Handball.** Allgemeiner Turnverein Riesa. T. V. Riesa 1. und 2. komb. gegen Tu. Osterwerda 1. 2 : 3, Halbzeit 1 : 2. Die Gäste, die besonders durch ihr raffines Kombinationspiel hervorstachen, hinterließen einen guten Eindruck und haben verdient gewonnen.

#### Nege Tätigkeit im Reichstage.

**Berlin.** (Funkpruch.) Im Reichstag gingen heute die Verhandlungen zwischen den Fraktionen im Sinne der Bildung eines großen Bürgerblocks weiter. Während die Fraktionen verbleiben, hielten die Parteiführer Besprechungen miteinander und mit dem Reichskanzler ab. Die deutschnationale Reichstagsfraktion stellte für ihre Beteiligung eine Reihe von Forderungen auf, die den Gegenstand der Erörterungen bildeten. Sie verlangte zunächst, daß in die zu erwartende Programmrede des Reichskanzlers nicht eine Formulierung aufgenommen werde, die von einer kontinuierlichen Fortführung der auswärtigen Politik spricht. Die deutschnationale Fraktion fordert weiter die Aufnahme eines Passus über die Kriegsschuldfrage, sowie über die Aufwertungsfrage im Sinne der Hamburger Erklärung. Die 4. Bedingung geht dahin, daß bei der Besetzung der Ministertische auf die Stärke der Fraktionen unbedingt Rücksicht genommen werde. Schließlich fordern die deutschnationalen, daß die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtags vor Abgabe der Erklärung der Reichsregierung sich im Besitz von befriedigenden Erklärungen über die Umstellung in Preußen befindet.

**Berlin.** (Funkpruch.) In den Beschlüssen, die die deutschnationale Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Vormittags-Sitzung gefaßt haben, wird die Forderung, festzustellen, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion und Parteileitung diesen Wirteltungen fernhalten und daß dieselben auch inhaltlich den Tatsachen nicht entsprechen. Von deutschnationaler Seite ist die Reichstagsliste von Vorstehendem in Kenntnis gesetzt worden. Sie hat es übernommen, diese Nachricht auch den anderen bürgerlichen Parteien zu übermitteln.

#### Ein Notzettel aus dem Rheinlande.

**Berlin.** (Funkpruch.) Der Oberpräsident der Rheinprovinz Reichsminister a. D. Fuchs hat nachstehendes Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet:

Millionen Deutscher können zur Zeit angesichts der furchtbaren Geldnot nicht leben und nicht sterben. Wedlich die Hoffnung auf baldige Lösung des Reparationsproblems hält den gänzlichem Zerfall der Wirtschaft auf. Mit schuldigem Vertrauen erwartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes das umgehende Zustandekommen einer Regierung, die auf der Grundlage des Programms der Parteien der Mitte die bevorstehenden für Deutschlands Zukunft entscheidenden Verhandlungen führen soll. Die Bevölkerung der Rheinlande würde es unverständlich finden, wenn parteipolitische Erwägungen die Lösung der entsetzlichen Krise auch nur um einen weiteren Tag verschieben würden. Zustände, wie im Jahre 1923, würde das Rheinland nicht noch einmal wieder erleben. Die Erbitterung ist um so größer, weil man auf der anderen Seite merkwürdigen Einlenken sieht, daß man parteipolitische Dickschichtigkeit von Volksvertretern, die Rheinlands Bedeutung und Not offenbar nicht richtig würdigen, geringschätzen wissen möchte. Als Weiter der bedrängten Rheinprovinz mit 7 Millionen Menschen erhebe ich warnend und beschwörend meine Stimme in entscheidender Stunde. Wir haben bisher alles Leiden für das Vaterland gern ertragen, aber man soll mit unserer Liebe zum Vaterland keine Experimente machen.

Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz.

#### Die englisch-russischen Anleiheverhandlungen vor dem Zusammenbruch.

**London.** (Funkpruch.) In der Presse mehren sich wieder die Stimmen, die die Aussichten der englisch-russischen Konferenz für ungünstig erklären. „Times“ schreibt: Die Sitzung ist nicht im geringsten überrascht darüber, daß die Erwartungen mit den Sowjetdelegierten in der Frage einer Anleihe zusammenzubereiten scheinen. — Der City-Redakteur der „Daily News“, der von einer Reise nach Moskau und Petersburg zurückgekehrt ist, entwirft ein trübes Bild von der Wirtschaftslage Russlands und erklärt, eine Anleihe an Rußland unter den gegenwärtigen Umständen würde unklug sein. Der Kommunismus sei ein Mißerfolg, weil er ein undurchführbares Ideal darstelle. „Daily Telegraph“ sagt: Nachdonald sei auf die harte, aber wesentliche Latache gefaßt, daß die Sowjet-Regierung von ihm nichts anderes wolle als Geld und bereit sei, alles zu tun, um es zu erpressen. — „Morningpost“ schreibt: Nachdonald scheint sich bemüht zu haben in seinen Verhandlungen mit den Bolschewiken alle möglichen Fehler zu machen. Die Bolschewiken seien nicht gekommen, um Frieden zu suchen, sondern Geld.

#### Sundpruch-Meldungen und Telegramme

vom 3. Juni 1924.

#### Selbstmordgedanken in der Österreichischen Grenzschutz.

**Berlin.** (Funkpruch.) Gestern nachmittag hat Reichskanzler Wirth dem österreichischen Botschafter seine wichtige Teilnahme an dem ruhelosen Attentat auf den Bundeskanzler ausgesprochen. Der Reichskanzler äußerte sich, daß ihn die Evidenz der Verbrechen bei den engen persönlichen Beziehungen, die ihn mit dem Bundeskanzler verbinden und nach dem letzten Besuch in Wien in ihm in besonderer Erinnerung stehen, auf das schwerste erschüttert habe. Auch eine große Anzahl Diplomaten, u. a. der englische Botschafter und der finnische Botschafter, sprachen in der Botschaft über die Verbrechen aus.

#### Das Verbleiben des Reichstages dem Reichspräsidenten empfangen.

**Berlin.** (Funkpruch.) Der neugewählte Reichstagspräsident Dr. Ballraf hat gestern dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Heute empfing der Reichspräsident das neue Präsidium des Reichstages, bestehend aus dem Präsidenten Dr. Ballraf, den Vizepräsidenten Dittmann, Dr. Weß und Dr. Nießer.

#### Teilkreis der Berliner Brauereiarbeiter.

**Berlin.** (Funkpruch.) Nachdem sich am Sonnabend die Lohnverhandlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Brauereigewerbes verschlagen haben, ist heute in einer Anzahl Brauereien ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten. Die Notkandarbeiten werden ausgeführt. 700000 Mark unterschlagen.

**München.** (Funkpruch.) Eine große Unterschlagung wurde im Münchener Volkshaus aufgedeckt. Die Verluste betragen es sich um einen Betrag von 700000 Mk., die ein Hilfskassenschreiber veruntreute. Der Mittäter ist mit dem Geld flüchtig. Seine Festnahme dürfte inzwischen in Italien erfolgt sein. Der Beamte des Volkshauses stellte sich selbst.

#### Der Bischof von Würzburg gefordert.

**München.** (Funkpruch.) Der Bischof von Würzburg, von Schöler, ist, 88 Jahre alt, infolge Alterschwäche gestorben. Der Verstorbenen war der langjährige Bischof der Diözese Würzburg.

#### Die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet fast allgemein.

**Essen.** (Funkpruch.) Im Ruhrgebiet war in der heutigen Frühlicht nur noch die Belegschaft der Bech-Borsigwerke in Abwesenheit. Auf sämtlichen anderen Werken sind die Belegschaften heute vollständig eingefahren. Ein kleiner Teil der Belegschaften konnte wegen der durch die Arbeitsniederlegung hervorgerufenen Beschädigungen nicht sofort beschäftigt werden, doch ist die Einstellung schon in den nächsten Tagen zu erwarten.

#### Nach monatelanger Haft freigelassen.

**München.** (Funkpruch.) Drei Münchener Kriminalbeamte, die am 6. März von den Franzosen aus unbekanntem Grund verhaftet wurden, sind am Freitag nach 88-tägiger Haft wieder freigelassen worden, weil das Verfahren gegen sie eingestellt wurde. Sie mußten gestern das besetzte Gebiet verlassen.

#### Waffenprozeß vor dem französischen Kriegsgericht.

**Mains.** (Funkpruch.) Vor dem französischen Kriegsgericht begann heute ein Waffenprozeß gegen 57 Kommunisten, die der antimilitaristischen Propaganda im besetzten Gebiet, der Benutzung falscher Ausweispapiere und des Waffenbesitzes angeklagt worden sind. Unter ihnen befinden sich je ein Stadtverordneter von Wiesbaden und Mainz, eine große Anzahl Jugendliche, darunter mehrere weibliche, eine Reihe Bergarbeiter und einige französische Staatsangehörige, darunter drei Soldaten der Besatzung, und andere.

#### Das Befinden Dr. Seipels.

**Wien.** Nach Informationen des Berichterstatters der Telunion teilen die beiden Dr. Seipel behandelnden Ärzte mit, daß sie große Hoffnung haben, Dr. Seipel am Leben zu erhalten. Nur eine innere Komplikation könnte den Heilungsprozeß ungünstig beeinflussen. Der behandelnde Professor Schwickler erklärte, daß das Befinden weit entfernt von Hoffnungslosigkeit sei. Dr. Seipels besondere Seelenruhe und seine außerordentlichen seelischen Kräfte erleichtern die Arbeit der Ärzte.

#### Der Kampf um den Präsidenten.

**Paris.** (Funkpruch.) Zwei außerhalb des Blocs der Linken stehende Gruppen haben sich gestern mit der Frage des Präsidenten der Republik beschäftigt. Die republikanisch-demokratische Linke hat auf Antrag der ehemaligen Minister Colrat und Thomson eine Tagesordnung angenommen, in der die Offenheit gegen den Staatschef als höchlich für die republikanischen Institutionen bezeichnet wird. Die ehemalige Agrargruppe, die jetzt den Namen Demokratisch-republikanische Union führt, erklärte in einer Tagesordnung, die Verfassung habe den Präsidenten der Republik über die Parteien gestellt. Die Bedingungen der Wahl und der Dauer des Mandates seien durch das Grundgesetz festgelegt. Die Mitglieder der Partei verlangen deshalb, daß das Normale der republikanischen Einrichtungen respektiert werde.

**Paris.** (Funkpruch.) Die Kommunistische Partei hat an die Sozialistische Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie das Verlangen stellt, jede Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien abzulehnen.

#### Der italienisch-türkische Konflikt.

**Paris.** (Funkpruch.) Savas meldet aus Konstantinopel, die Erklärungen des italienischen Geschäftsträgers über die italienischen Truppenbewegungen auf Rhodos würden für unbedenklich erklärt. Ismet Pascha habe eilig einen Ministerrat zusammenberufen, der lange verhandelt habe. Der Minister des Innern und der Kriegsmminister hätten Befehle erteilt, im Bezirk von Smyrna und Adana Vorsichtsmaßnahmen gegen alle Eventualitäten zu treffen.

#### Der Eisenbahnorganisationsausschuß.

**Paris.** Der Eisenbahnorganisationsausschuß hat gestern seine Vorarbeiten beendet. Der Ausschuß hat sich auf den 16. Juni, nicht wie ursprünglich festgelegt wurde, auf den 10. Juni vertagt, um an diesem Tage in Berlin die Sitzungen wieder aufzunehmen.

#### Tagung des Völkerbunds am 11. Juni.

**Genf.** Der Völkerbundsrat wird am 11. Juni in Genf zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen wiederum verschiedene Fragen, die u. a. Danzig, das Saargebiet, die Winderheiten in Polen, Abriktion, Mandatsausübung usw. betreffen, ferner das Wiederaufbauproblem in Oesterreich und Ungarn, der Bericht der Völkerbundsdelegation in Budapest und der erste Bericht des Völkerbunds-Kommissars in Ungarn. England wird wieder durch Lord Barmoor und Frankreich diesmal anstelle von Dantzig durch Leon Bourgeois vertreten sein. Den Vorsitz wird der tschechische Delegierte Beneß führen.

**Genf.** Am 12. Juni wird der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes seine Beratungen beenden. Am 16. Juni wird die internationale Arbeitskonferenz, zusammzutreten, die drei bis vier Wochen dauern wird. Mehr als 50 Mitgliedsstaaten werden durch Regierungs- und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierte vertreten sein.

#### Die Gemeindevahlen in Bulgarien.

**Sofia.** (Funkpruch.) Die Ergebnisse der Gemeindevahlen sichern, soweit sie bisher bekannt sind, der Regierung eine erhebliche Mehrheit. Die Demokratische Entente erzielt 60361, die Kommunisten in Koalition mit den Bauern 21895, die Sozialisten 14075, die Nationalliberalen 13120, die Demokraten und Radikalen 10772 und die Nationalunion 5368 Stimmen. In der Hauptstadt selbst entfallen von den 60 gewählten Gemeinderatsmitgliedern 32 auf die Demokratische Entente, 7 auf verschiedene bürgerliche Parteien, 5 auf die Sozialdemokraten, 16 auf die Kommunisten und Bauern. — Die Wahlen sind in Ordnung und vollkommener Ruhe verlaufen.

#### Verstärktes Eisenbahnunglück.

**Attica.** (Inblana.) (Funkpruch.) Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Personenzügen am Sonntag abend wurden 9 Personen getötet und 20 Personen verletzt.







Zum Attentat auf Dr. Seipel.

Wien. Der Bahnhofsvorsteher des Südbahnhofes Stöckl gab einem Berichterstatter der Sonn- und Montagsgazette folgende Darstellung über den Verlauf des Attentats auf Dr. Seipel: Auf dem Perron war vorher nichts von einem geplanten Attentat zu merken, die Sicherheitsbeamten befanden sich auf dem Perron. Dr. Seipel, dem im letzten Wagon ein Abteil 1. Klasse referiert war, stieg in guter Laune und gewohnter Freundlichkeit aus dem Koupé und begrüßte die Anwesenden. Hofrat Seemann und der Prälat Lavati begleiteten Dr. Seipel nach dem Mittelperron, während ich, Stöckl, ungefähr zwei Schritte vor ging. Ich bemerkte plötzlich, daß ein Mann in Zivil über die Gleise kam, dachte jedoch, daß dies, wie es an Sonntagen meist der Fall ist, ein Postbeamter war, der zum Zuge wollte, um die Postkisten abzuholen. Der Mann blieb jedoch ungefähr drei Schritte von Dr. Seipel entfernt stehen, hob blitzschnell einen Revolver und gab drei Schüsse auf den Bundeskanzler ab, ehe es jemand verhindern konnte. Ich sprang sofort auf den Attentäter zu und packte ihn am rechten Arm, um ihm den Revolver zu entwenden, konnte es jedoch nicht verhindern, daß er zwei Schüsse gegen sich abgab. Der Vorfall hatte auf dem Bahnhof große Erregung hervorgerufen, und die vorhandene Menge drang auf den Attentäter ein, jedoch gelang es den anwesenden Sicherheitsbeamten, die Menge zurückzudrängen. Dr. Seipel, der augenscheinlich sehr litt und trübend war, begab sich dann, geführt auf Hofrat Seemann und den Prälaten Lavati, zum Polizeihauptquartier, wo er auf das hergerichtete Lager niedergelegt wurde. Der Attentäter ist ein nicht gerade sehr kräftiger Mann. Er gab an, daß er Dr. Seipel vorher nie gesehen habe.

Ein Telegramm des tschechischen Ministerpräsidenten.

Dresden. Der Ministerpräsident Hefdt hat an das Bundeskanzleramt in Wien nachstehendes Telegramm geschickt: Tief erschüttert von der Nachricht des auf dem Bundeskanzler Seipel verübten Attentats sucht die tschechische Regierung ihren Abscheu über das schandvolle Verbrechen und ihre wärmste Anteilnahme für das Ergehen des obersten Beamten des österreichischen Staats aus. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das wertvolle Leben des Kanzlers dem Staate erhalten bleiben und er zum Wohle des Vaterlandes in seiner Gesundheit bald wieder hergestellt werden möge.

Bundestagung des Deutschen Schutzbundes.

Wien. Der Deutsche Schutzbund, die Spitzenorganisation von über 100 Verbänden und Vereinen mit mehreren Millionen Mitgliedern, hält vom 4. bis 9. Juni seine 5. Bundestagung in Graz in Steiermark ab.

Den Auftakt zur Tagung bildete am Montag ein feierlicher Empfang der Teilnehmer in Paffan. Hier wurden sie durch Bürgermeister Weisk in Namen des Volkshundes „Deutsche Wacht“ und durch Oberbürgermeister Sittler im Namen der Stadt aufs herzlichste begrüßt. Der Vorsitzende des Schutzbundes, Ministerialrat Adolf Koch, dankte für den herzlichen Empfang, und ein Substanzdeutscher schilderte in erregenden Worten die Not seiner Landsleute im Sudetenland. Mit dräuenden Heiterkeit fand die Bundestagung ihr Ende. Dann unterzogen die Schutzbündler einen Ausflug nach Linz an der Donau, wo ebenfalls ein herzlicher Empfang und eine Besichtigung der Stadt und ihrer Umgebung stattfand.

Verhandlungen des deutsch-belgischen Schiedsgerichts.

Genf. Gestern begannen hier die Verhandlungen des gemischten deutsch-belgischen Schiedsgerichts u. a. über die Klage des belgischen Staates gegen die deutschen Versicherungsgesellschaften. Das Gericht, das unter dem Vorsitz des Genfer Professors Morand steht und an dem Deutschland durch Baron Kollin vertreten ist, hat bereits in diesen Tagen Beratungen abgehalten, um die in Paris in der Frage der belgischen Deportationen und Requisitionen gegen den deutschen Staat geführten Prozesse abzuschließen und das Urteil bekanntzugeben. In dem Prozeß der Deportierten, in dem ca 100.000 Gläubiger Zahlung von Lohn- und Schadenersatz verlangen, schloß sich das Gericht der deutschen Auffassung an, daß es für die Klage nicht zuständig sei, sondern vielmehr die Reparationskommission. Nach den Bestimmungen des Teils 8 des Versailler Vertrages hat die Reparationskommission aber den durch die erzwungene Ueberführung nach Deutschland und durch die besondere Notlage verursachten Schäd-

Erhöhtes Einkommen und Selbständigkeit ohne Kapital.

Für die meisten sind heute die Erwerbs- und Lebensverhältnisse schwieriger denn je. Das Einkommen erreicht immer noch nur einen Teil des alten Friedensverdienstes, während das nackte Leben unverhältnismäßig teuer geblieben ist. Die Einkünfte und die zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse unbedingt erforderlichen Ausgaben stehen in keinem rechten Verhältnis zu einander, vor Anschaffungen, die seit Kriegs- und Nachkriegszeit immer wieder aufgeschoben werden müssen, ganz zu schweigen. So sehen viele sich gezwungen, nebenberuflich etwas hinzuverdienen, einen neuen Beruf zu ergreifen, oder sich eine neue Existenz zu schaffen; aber sie sind hierbei auf allerhand Schwierigkeiten gestoßen und es will alles nicht recht vorwärts. Der Staat hat einen großen Teil seiner Beamten lutherhand entlassen oder frühzeitig pensioniert. Viele Frauen und Mädchen, die bisher ihr Brot selbst verdienten, können es heute nicht mehr. Tausende stehen heute vor der schweren Frage: wie verdiene ich etwas hinzu, wie verschaffe ich mir ein höheres Einkommen, wie gründe ich mir eine neue Existenz, wie arbeite ich mich hoch, wie komme ich vorwärts?

Allen diesen ein treuer Berater und zuverlässiger Wegweiser zu sein, hat der rührige Dreischlüssel-Verlag in seiner erweiterten Ausgabe unter dem Titel: „Erhöhtes Einkommen und Selbständigkeit ohne Kapital“, ein umfassendes Werk herausgegeben, in dem der Verfasser eine mehr als zwanzigjährige Erfahrung niederlegt, und das er allen denen, die vorwärts wollen, insbesondere den kaufmännischen Angestellten, den Beamten und Pensionären, früheren Rentnern und Kleinkapitalisten, Existenz- und Nebenberuf suchenden, Geschäftsinhabern und Gewerbebetreibenden, sowie unseren Frauen und Töchtern gewidmet hat. Der Titel dieses Werkes mag im ersten Augenblick manchem etwas vielversprechend erscheinen; nach eingehender Durchsicht muß aber zugegeben werden, daß damit nicht soviel gesagt ist. Von allen theoretischen Belehrungen abgesehen, von denen wir mehr wie genug haben, geht das Buch auf die heutigen Verhältnisse ein und ist mit seinen ausführlichen Angaben wirklich ein praktischer Ratgeber für jeden, der es ernst mit sich selber meint. Das Buch enthält



Dr. Seipel. Der Österreichische Bundeskanzler wurde durch ein Attentat schwer verletzt.

hen zu entscheiden. Das Gericht erklärte sich für zuständig in der Frage des Schadenersatzes für die an die Deportierten abgeschickten und bei ihnen nicht eingetrossenen Lebensmittellieferungen. Die deutsche Verteidigung hatte darauf hingewiesen, daß von der belgischen Regierung bei der Reparationskommission in der Frage der Deportationen bereits eine Summe von 111 Millionen Franken für Löhne und 196 Millionen für Schadenersatz geltend gemacht worden sei. In der Frage der Requisitionen handelt es sich um die Klage einer belgischen Firma über Schadenersatz für während des Krieges beschlagnahmte Holzvorräte, die diese Firma in Polen lagern hatte. Das Gericht verweist auch in dieser Klage den Kläger an die Reparationskommission und erklärte sich nicht für zuständig. Beide Urteile sind von großer Bedeutung für Deutschland, da es sich sowohl in der Frage der Deportationen wie der Requisitionen um eine grundsätzliche Entscheidung handelt.

Spannung zwischen der Türkei und Italien.

Paris. Aus Konstantinopel wird dem „Matin“ mitgeteilt, daß am Sonnabend italienische Truppenabteilungen auf der Insel Rhodos gelandet worden sind. Die italienische Regierung hat zuvor eine scharfe Note an die türkische Regierung geschickt und darin die Wiedereröffnung der italienischen Schulen in der Türkei gefordert. Konstantinopel. (Frankfurt.) Der Rat der Kommission hat gestern eine stündige Erörterung über die kritische Lage abgehalten, die zwischen der Türkei und Italien entstanden ist. Vor einigen Tagen wurde eine Zusammenkunft italienischer Truppen in Sizilien gemeldet. Der türkische Vertreter in Rom ist angewiesen worden, die italienische Regierung um Aufklärung zu ersuchen. Die Militärbehörden in Smyrna sind angewiesen worden, alle notwendigen Vorkehrungen zu ergreifen.

Internationaler Gewerkschaftstongreß.

Wien. Gestern trat der Internationale Gewerkschaftstongreß zusammen. An der Tagung, die voraussichtlich bis 7. Juni dauern wird, nehmen u. a. teil: Jounhaux (Frankreich), Lebart und Sallenbach (Deutschland), Wertens (Belgien), Dubogech (Holland) und Brown (England). Dem Kongreß liegt eine umfangreiche Tagesordnung vor, deren Hauptpunkte sind: 1. die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung, Berichterstatter Lebart; 2. die internationale Gewerkschaftsbewegung, Berichterstatter Dubogech; 3. der internationale Kampf gegen Armut und Militarismus (Jounhaux) und 4. der internationale Kampf um den Achtundtag, Berichterstatter Wertens. Am Donnerstag tritt außerdem die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale zu-

in jedem einzelnen Kapitel soviel Tatsachen-Material, daß es für jeden an einer unerschöpflichen Fundgrube wird und jedem zu seinem angestrebten Ziele zu führen vermag. Das zeigt das Inhaltsverzeichnis, das wir nachstehend geben, das belegen auch die zahlreichen Anerkennungen, die dem Verlage zugegangen sind.

Aus dem Inhalt seien folgende Kapitel hervorgehoben. Erster Abschnitt:

Wie komme ich vorwärts?

Ohne Kapital eine reelle Existenz — Erhöhung des Einkommens. Ratsschlüsse für Angestellte und Berufstätige. Wie man sich reelle Nebeneinkünfte verschafft — An alle, die mit ihrer gegenwärtigen Lage unzufrieden sind und vorwärts wollen — Der Schwindel in Zeitungsangeboten — Geschäfte, die sich mit geringen Mitteln durchführen lassen — Die Kunst, Geld und Kredit zu bekommen — Vertretungen, Agenturen, Kommissionsgeschäfte — Das Verlanggeschäft — Das Ladengeschäft — Der Verkauf eines Geschäftes — Stille und tätige Teilhaber — Die Ausnutzung von Ideen, Patenten, Erfindungen — Wie man durch billige Bekanntheit Geld verdient.

Für pensionierte oder abgebaute Beamte.

Durch Selbständigkeit eine neue Existenz — Ein neuer Beruf und neue Wege — Wink und Ratsschlüsse.

Die Frau im Erwerbleben.

Praktische Frauenberufe — Selbständigkeitswege für unsere Frauen und Töchter — Allerhand Verdienstmöglichkeiten.

Einige Anerkennungen und Urteile über das Werk: Ich verbande dem Buche in erster Linie meine neue Existenz. (S. in N.) ... offen gestanden, ich habe das Buch mit einigem Mißtrauen bestellt, nun aber bin ich glücklich, es zu besitzen, es hat mir sehr viel weiter geholfen. (B. in N.) ... ich hatte mich schon lange nach den verschiedenen Richtigungen hin ohne rechten Erfolg versucht, da wurde ich auf Ihr Buch aufmerksam und nun kann ich nicht unterlassen, mich bei Ihnen für die großen Dienste zu bedanken, die es mir geleistet hat. (A. in W.) ... fühle mich verpflichtet, Ihnen für Ihr Buch zu danken und Ihnen meine wärmste Anerkennung auszusprechen. (S. in B.) ... jedem, der mehr verdienen und vorwärts kommen will, sowie jedem, der ein Geschäft hat oder sucht,

ammen, wozu eingetroffen sind aus England Cramp, Allen, Balhead und Bell, aus Belgien Vanderveelde und de Broeckers, aus Frankreich Beale und Longuet, aus Deutschland Adolf Braun, Crispian und Weiss, aus Holland Wiegens, aus Dänemark Andersen, aus Rußland Abramowitsch und Zuchowlin, aus der Tschechoslowakei Dr. Gsch und Remek. Die Hauptpunkte der Tagesordnung dieser Konferenz sind 1. die politische Lage, 2. die Garantieverträge, 3. der Achtundtag, 4. Feier des 60. Jahrestages der Begründung der Internationalen, 5. Demonstration gegen den Krieg.

Die Stellungnahme zum Attentat auf Dr. Seipel.

Wien. Bei dem gestern zusammengetretenen Internationalen Gewerkschaftstongreß wies der Nationalrat Dr. Paul Bauer auf die besondere Erregung hin, in der sich Österreich gegenwärtig befindet und erklärte: Auch die Arbeiterklasse steht augenblicklich unter dem tiefen Eindruck des Attentats, das an dem bedeutendsten ihrer politischen Führer begangen worden ist. Es ist ein Arbeiter, der dieses Attentat begangen hat, aber nicht aus dem Geiste der Förderung der Arbeiterbewegung heraus. In der Republik, in welcher wir heute leben, welche alle Kraft und auch der Arbeiterklasse die freie Willkür, im organisierten Massenkampf für ihre Rechte und Ideale zu kämpfen, gesichert hat, in der Republik gibt es nach unserer Ueberzeugung keinen Raum und keine Rechtfertigung für den politischen Mord. (Sehr richtig!) Es ist unter Stolz, daß wir auch in den Zeiten der höchsten Erregung, auch in der Zeit der Revolution, unser Land frei zu halten vermöchten von jener Epidemie politischer Morde, denen in anderen Ländern soviel wertvolle Leben, so viele Vorkämpfer zum Opfer gefallen sind. Der Mann, welcher gestern das Objekt eines Attentats war, ist der Repräsentant der Sache, welche wir bekämpfen und bekämpft werden, bis sie besiegt ist, seiner Person aber wendet sich in diesem Augenblick unser menschliches Mitgefühl zu.

Politische Tagesübersicht.

Das Urteil im Garbenprozeß. Im Garbenprozeß wurde gestern nach neuntägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Der Angeklagte Oberleutnant a. D. Aulermann wurde wegen verübten Mordes zu 6 Jahren Zuchthaus, auf welche 11 Monate durch die Untersuchungshaft als verübt anzusehen sind, verurteilt. Der Angeklagte behielt sich die Annahme des Urteils bis nach Rücksprache mit seinem Verteidiger vor.

Der Reichsverband der Rheinländer hielt im Anschluß an seine große Kundgebung in Potsdam seine dritte Hauptversammlung im Verbandshaus Deutscher Ingenieure in Berlin ab. Es waren hierzu Vertreter aus allen Teilen des Reichs erschienen.

Antrag auf Ergänzung des Besoldungsgesetzes. Die Sozialdemokraten haben den Antrag eingebracht, daß das Besoldungsgesetz dahin ergänzt werden soll, daß beiden unteren und mittleren Besoldungsgruppen eine weitere Verbesserung der Gesamtsätze alsbald eintritt. Die Reichsregierung habe dem Reichstag nach Zählungnahme mit den einzelnen Landesregierungen die erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

Neunständige Arbeitszeit auf den Leuna-Werken. Aus Merseburg wird gemeldet: Wie die Direktion der Leuna-Werke durch Anschlag bekannt gibt, ist vom Montag ab die neunständige Arbeitszeit für die Werftarbeiter eingeführt worden.

Rücktritt der albanischen Regierung. Die albanische Regierung ist zurückgetreten. Der bisherige Außenminister versucht ein neues Kabinett zu bilden. Die Aufständischen stehen vor Tirana.

Der Anteil der Landwirtschaft an den Rentenmarktkrediten.

Nach Mitteilung des Reichsbankdirektoriums betrug am 7. April d. J. die Summe der an die Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Gewerbe bewährten Kredite ungefähr 645 Millionen Rentenmark. Daraus kommen die Kredite, welche Handel und Industrie durch Diskontierung von Landwirtschaftswechseln erhalten haben, die etwa 200 Millionen Rentenmark betragen, jedoch die Landwirtschaft insgesamt mit ungefähr 445 Millionen Rentenmark an den Rentenmarkkrediten der Reichsbank beteiligt ist. Unter den Kreditempfangern steht die Preussische Zentralgenossenschaft mit einem Betrage von insgesamt 370 Millionen Rentenmark an der Spitze. Im übrigen verteilen sich die Kredite auf viele tausend Einzelgenossen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen erhielt seine Kredite haupt-

sächlich das Buch aus den Erfahrungen, die ich damit gemacht habe, wärmstens empfehlen. (B. in G.) in G.) wenn ich Ihr Buch früher gehabt hätte, wäre mir vieles Bittere erspart geblieben und ich wäre viel früher zu meinem Ziele gekommen, zu dem Ihr Buch mich erst gebracht hat. (H. S. in N.) ... Ich habe mich an Hand Ihres Buches hochgearbeitet. (F. R. in N.)

Dieses Buch hat Hand und Fuß. Es ist ein Buch der Praxis. Niemand sollte die im Verhältnis zum Werte des Gebotenen geringe Ausgabe scheuen. Wer das Buch umgehend durchgearbeitet und befolgt, erwirkt sich selbst den besten Dienst.

Der Preis des Werkes ist bei seinem reichen Inhalte und seiner gediegenen Ausstattung ein mäßiger zu nennen; er beträgt bei direkter Bestellung und Voreinsendung des Betrages sechs Goldmark (später durch den Buchhandel bezogen 8,50 Goldmark). Die vor einigen Wochen erschienene erste Auflage des Buches war in acht Tagen völlig ausverkauft. Wer sich daher ein Exemplar ohne Verzögerung sichern will, verlange unter Einzahlung von 6 Goldmark sofortige Zulassung, zumal dieser ermäßigte Vorzugspreis nur auf 14 Tage gilt. Alle Zahlungen und Bestellungen sind an Herrn. Kunges Buchhandlung, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 141 (Postfachkonto Berlin 95997), zu richten, die die Aufträge in der Reihenfolge ihres Einganges ausführt.

(Hier aufschreiben!)

Bestellzettel.

Hiermit bestelle ich bei Herrn. Kunges Buchhandlung, Berlin SW 48, ein Exemplar: „Erhöhtes Einkommen und Selbständigkeit ohne Kapital“, ein praktischer Ratgeber für alle, die vorwärts wollen“, zum Preise von 6 Goldmark. Der Betrag folgt gleichzeitig durch Postanweisung, ist zuzüglich 50 Pfennige Unkosten der Zulassung durch Nachnahme zu erheben. (Nicht zutreffendes durchstreichen.)

Datum: \_\_\_\_\_
Name: \_\_\_\_\_
Stand: \_\_\_\_\_
Wohnort: \_\_\_\_\_
Straße und Hausnummer: \_\_\_\_\_



schlich durch Vermittlung der Breitenbank aus dem dieser bewilligten Kontingent; daneben genießen zahlreiche Gewerkschaften im Reich noch einen direkten Diskontkredit bei ihrer örtlichen Reichsbankfiliale. Die Summe der von ihnen dort in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Kredite betrug am 7. April ungefähr 40 Millionen Rentenmark. Diese Kreditsumme umfaßt alle verschiedenen Arten dienende Einzelf Kredite. Für nichtlandwirtschaftliche Kreditbedürfnisse sollen davon 30 bis 40 Millionen Rentenmark aufbewahrt worden sein, die also von der obigen Gesamtsumme von 845 Millionen abzugelassen sein würden. Auf die landwirtschaftlichen Gewerbe, also Zuckerfabrikation, Brennereien, Molkereien usw. entfällt insgesamt von der oben genannten Summe ein Betrag von etwa 20 Millionen Rentenmark.

### Blutiger Zusammenstoß zwischen Nationalisten und Kommunisten.

Gras. Die Tagespost meldet aus Laibach, daß es vorgekamen anlässlich einer Fahnenweihe in Triest zwischen sozialistischen Nationalisten und Kommunisten zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen ist. Drei Nationalisten, drei Kommunisten und eine Frau wurden getötet und etwa 20 Personen schwer verletzt.

### Tagung des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbands.

id. Chemnitz. Am Sonnabend und Sonntag fand hier der 23. ordentliche sächsische Gantag des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes statt. Hauptort der Tagung war Leipzig, wo am Sonnabend nachmittags die Tagung mit einer Begrüßungsansprache und erkrankte Johann den Jahresbericht. Danach trat der sächsische Gau mit 34 000 Mitgliedern in das neue Geschäftsjahr ein. Als Ort für die nächstjährige Tagung des Gauessachsen wurde Weidau bestimmt.

Am Sonntag fand im Kaufmännischen Vereinshaus der 16. sächsische Kaufmannsgehilfentag statt. Hauptort der Tagung war Leipzig, wo am Sonnabend nachmittags die Tagung mit einer Begrüßungsansprache. Weitere Begrüßungsworte sprachen Admiral Brüninghaus als Reichstagswahlkreisvertreter der Deutschen Volkspartei, Stadtrat Schmalholz als Vertreter des Stadtrats und Obermeister Wiener für die Reichstagsfraktion der Deutschenationalen Volkspartei. Die Verhandlungen wurden eröffnet mit einem Vortrag des Leipziger Universitätsprofessors Dr. h. c. Krüger über „Wirtschaft und Volkstum“. Einen weiteren Vortrag hielt Hauptort der Tagung war Weidau, wo am Sonntag der Handlungsgehilfenverband und deutsches Volk.

Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die dem deutschen Volke auferlegten gewaltigen Lasten können nur getragen werden, wenn die deutsche Wirtschaft durch stärkste Anspannung aller Kräfte wieder zu Höchstleistungen befähigt wird. Deshalb lehnt die Tagung den von kapitalistischen und sozialistischen Interessengruppen geführten Klassenkampf ab und fordert die Arbeitsgemeinschaft aller Deutschgeheilten auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Ziel der Arbeitsgemeinschaft muß es sein, durch Wiedererweckung deutschen Kaufmannsgeistes und des Willens zu völliger Wüchtersfüllung der Selbstsucht des Einzelnen zu sehen und die Wirtschaft wieder ihre ursprünglichen und natürlichen Aufgaben, dem deutschen Volke zu dienen, zurückzuführen. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn die Arbeitnehmer durch Mitbestimmung und Mitbestimmung in der deutschen Wirtschaft die Freude an der Arbeit zurückgegeben wird. Alle deutschempfindenden Unternehmer werden aufgefordert, in einer solchen Arbeitsgemeinschaft mitzu-

arbeiten an der Schaffung einer sozialistischen Ordnung, auf deren Boden eine wahrhafte Volksgemeinschaft wachsen und mit ihr die erste Voraussetzung reifen kann für die Erreichung des Sozialismus aller Deutschen: Für die Wiedereerlangung der nationalen Freiheit.“

### Die erste Oberschlesierstagung in Nadeberg.

id. Nadeberg. Am Sonnabend und Sonntag fanden hier die Oberschlesier aus dem ganzen Reich, besonders aus Sachsen, zu ihrer ersten sächsischen Tagung zusammen. Als Vertreter des Oberpräsidenten von Oberschlesien nahm an der Tagung Regierungsrat Dr. Weigel aus Oppeln teil. Er überbrachte die herzlichsten Grüße der ober-schlesischen Landesleute und sprach über die Lage in Oberschlesien und Polnisch-Oberschlesien. Im Zusammenhang mit seinem Referat wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die in Nadeberg stattgefundenen erste sächsische Oberschlesierstagung erneuert aufs Neue das Gelübde, daß sie den Schandfrieden, der an unserem Heimatlande seitens des Völkerbundes getan wurde, nicht anerkennt und auch weiter dafür eintreten wird, daß unser entrissenes Ost-Oberschlesien mit dem deutschen Vaterlande wieder vereinigt wird. Wir entbieten unseren Brüdern und Schwestern jenseits der Grenze herzlichste Grüße und rufen ihnen zu: Haltet aus in Eurer Treue, wie auch wir Euch treu bleiben!“

Weiter faßten die Oberschlesier eine Entschliessung, in der sie verlangen, daß die Regierungstellen von dem Vorstand der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier angewiesen werden, dem V. V. O. O. mehr Beachtung zu schenken, umso mehr, als die Tagung klar zum Ausdruck gebracht habe, daß einzelne Behörden vaterländischen Veranlassungen der Oberschlesier Schwierigkeiten bereiten. Verbittet wurde eine Aufwertung der Entschliessungsumme debattiert und in einer Entschliessung eine Aufwertung verlangt. Die Tagung beschloß, die Bezirksgruppenversammlung 1925 in Pöhlitz abzuhalten.

### Tagung des Vereins Sächsischer Richter und Staatsanwälte.

id. Freiberg. Der Verein Sächsischer Richter und Staatsanwälte hielt am 31. Mai und 1. Juni unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Landes seine diesjährige Vertretertagung in der alten Bergstadt Freiberg ab. Aus allen Beratungen leuchtete der Grundgedanke richterlicher Tätigkeit, mit heiligem Bemühen nach Wahrheit und Recht zu kämpfen hervor. Bestrebungen des Bundes preußischer Justizamtänner gegenüber, die auf eine Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit abzielten, wurde die unüberwindliche Wahrheit der von der Reichsverfassung gewährleisteten richterlichen Unabhängigkeit als unabänderlicher Grundsatz jeder Rechtsprechung gerade im Interesse unseres Volkes, das einen nach oben wie nach unten völlig unabhängigen Richter und Richter haben will und muß, gefordert. Jede Politisierung des Richterstandes wurde entschieden abgelehnt, die Einheit und Geschlossenheit der Richterschaft Deutschlands gegenüber Zerstückelungsgefahren einzelner betont. Die wirtschaftlichen Weiterentwicklungen wurden wesentlich ausgebaut. Neben die Brand- und Grundbesitzversicherung soll eine Art Lebensversicherung treten, die Sterbefälle des Vereins wurde ausgebaut und die Krankenversicherung gefördert. Auch Bildungs- und Organisationsfragen kamen ausgiebig zur Sprache. Alles zeigte, daß kräftiges Leben in den Reihen der Richter und Staatsanwälte blüht, und hier ein Stück Wiederaufbauarbeit am deutschen Volke geleistet wird. Auch die Kameradschaft wurde in einem wohlgeleiteten Zusammen-

stehen mit anderen Kollegen des Freiberger Bezirksbezirks und Freiberger Rechtsanwältinnen gepflegt.

### Die Spaltung in der sächsischen Lehrerschaft.

Der „Neue Sächsische Lehrerverein“ wendet sich in einem Aufrufe an die sächsische Lehrerschaft, in dem er die Haltung des „Sächsischen Lehrervereins“ seit 1919 be-leuchtet und die Notwendigkeit der Trennung begründet. Er sagt darin unter anderem:

„Der Sächsische Lehrerverein“ war bis zur Revolution nicht nur in wirtschaftlichen Belangen, sondern auch in seinen idealen Aufgaben in sich einig. Er war mit seinen Bezirksvereinen der Junagruppen der sächsischen Lehrerschaft. Die freie Demokratie, die unter Lausche und Zittler im Verein herrschte, ist aber heute einer rücksichtslosen Autokratie gewichen.“

Der Aufruf weist im folgenden auf die starken Ab-schwüchungen der letzten Jahre hin und auf die wachsende Unzufriedenheit im Verein selbst.

Als der Revolutionssturm weite Kreise unseres Volkes ergriff, glaubten auch die Führer und die Fachpresse der Lehrerschaft, sich sozialistisch umstellen zu müssen, und sie verfolgten sich sozialistische Schulpolitik je länger je mehr ohne jede Rücksichtnahme auf die starke Minderheit. Es wird erinnert an den Kampf um die weltliche Schule, an den Kampf um den Religionsunterricht, den doch die Mehrheit der sächsischen Lehrer in freiem evangelischen Geiste, ohne jede kirchliche Aufsicht, erteilt und erteilen will. Es wird erinnert an die Brutalität, mit der verdiente Schulmänner von ihren Posten gedrängt wurden.

Der Verein hat auch auf rein politischem Gebiete das Steuer völlig nach links herumgeworfen. In der Abmen-dung vom D. A. B. und in der Einbindung zum sozialistisch orientierten A. D. B. bekundete weite Kreise des S. L. V. ihre innere Einstellung. Bei politischen Wahlen, so heißt es weiter in dem Aufrufe, fordert die Fachpresse offen zur Unterstützung sozialistischer Kandidaten auf. Es zeigt sich immer deutlicher, was einseitige Männer seit langem vorausgesetzt haben: Die Verquickung von Gewerkschafts- und Bildungsfragen führt zu einem Terror in Sachen des Glaubens und des Gewissens. Die bisherigen Führer wurden be-seitigt. Den Andersdenkenden begegnete man mit Dohn und Spott.

Unbuddsamkeit verschloß ihnen die Fachpresse, und die Frucht in die Tagespresse erzeugte einen Sturm der Ent-rüstung über das ungewerkschaftliche Verhalten. Den Gegner mundtot zu machen, ist das Ziel der Führer: nur deshalb die Ablehnung der Verhältnis-wahl. Die Opposition soll keine Vertretung ihrer Inter-essen innerhalb und außerhalb des Vereins haben.

Der Grundgedanke: „Gleiche Vorbildung — gleiche Be-zahlung“ führte zu der unglücklichen Gleichmacherei, zur Abwertung.

Zum Schluß weist der Aufruf auf die Gefahren hin, die der Minderheit im Verein drohen. Er sagt: „Die Ver-seicherung in allen Bezirkslehrervereinen und Gewerkschafts-schulvereinen ist so, daß der innerlich Widerstrebende auf Vertretung seiner Interessen nicht rechnen kann. Bei den höheren Lehrern und anderen Beamtenorganisationen haben sich verschiedene Interessengruppen gebildet und sind von der Regierung anerkannt worden. Es ist dringend nötig, daß sich alle unsere Gefinnungsfreunde zusamen-schließen und eine eigene Vertretung den Behörden an-zeigen.“ Die Gründung eines neuen Vereins sei die Auf-gabe der Stunde im Interesse von Schule und Lehr-stand.

### Elybias Chauffeur.

Hochinteressanter Roman von Louis Tracy.  
40. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Kurt Dietrich war unterdessen in das Bestial hinaus-geleitet, wo er Hasenkamp zu finden erwartete. Aber es war nichts von ihm zu sehen, und als er den Diener, der den Büfnerdienst versah, nach ihm fragte, erhielt er die Auskunft, Hasenkamp sei draußen im Wagen.

Das bedeutete für den armen Kurt Dietrich den Gipfel aller unangenehmen Ueberraschungen. Was, um des Him-mels willen, hatte das zu bedeuten! So, wie er war, in Frack und Handschuhen, rief er die Haustür auf und trat auf die Straße hinaus. Richtig, da stand sein Automobil, beinahe unkenntlich unter der Staubkruste, die es bedeckte, und auf dem Fahrersitz saß der wadere Hasenkamp in einer Haltung und mit einem Gesicht, die alles andere eher vermuten ließen, als daß er der Lederbringer einer Freudenbotschaft sei.

„Kommen Sie herein!“ befahl Kurt Dietrich, indem er zugleich dem Diener zwinkerte, acht auf den Wagen zu geben. Hasenkamp kletterte gehorsam herunter und betrat mit den feinen Bewegungen eines hochgradig ermüdeten Mannes das Haus. Holmings ging ihm voraus in eines der kleinen Vorgemächer, wo sie ungestört miteinander reden konnten, und starrte dem so unvermutet Zurück-gekehrten mit höchster Spannung ins Gesicht.

„Run? Wie soll ich mir Ihr Erscheinen erklären?“  
„Herr Graf — in Bartels' Wagen. Heute morgen ließ er mich zu sich rufen und fragte: „Wer sind Sie?“ — „Der Chauffeur, Herr.“ sagte ich. — „Wessen Chauffeur?“ — „Für die nächsten Tage der Ihrigen, Herr!“ — „Gut, dann haben Sie also meinen Befehlen zu gehorcht — nicht wahr?“ — „Es wird wohl so sein, Wüfner Wendel-ton.“ — „Sehr schön! Und mein Befehl lautet, daß Sie auf der Stelle Ihrer Wege zu gehen haben.“ — „Meiner Wege? Wohin, Herr?“ — „Dahin, woher Sie gekommen sind.“ — „Ich hatte ja schon vorher gemerkt, was er meinte, als er sagte, daß ich meiner Wege gehen sollte. Aber ich wollte es doch gern deutlicher haben. Und da war es nun freilich deutlich genug.“

„Und sonst wurde nichts gesprochen? Es wurden Ihnen keine Erlände angegeben? Und es wurde Ihnen keine Botschaft für irgend jemand aufgetragen?“

„Nein, Herr Graf!“

„Aber Sie haben doch wohl mit Bartels gesprochen und von ihm gehört, auf welche Weise er nach Stutt-gart gekommen ist?“

„Wüfner Wendleton hatte ihn in Bruchsal aufgelesen und ihn dann für die weitere Fahrt engagiert. Der Bicomte de Marigny muß mit dem Amerikaner gesprochen und ihm tolle Geschichten über den Herrn Grafen erzählt haben. Und die Leute vom „Bellevue-Hotel“ in Königs-ruh schickten dann auch noch ihren Senf in gehöriger Menge dazugegeben zu haben.“

Holmings schüttelte den Kopf. Diese Auskunft be-rührte ihn über die Nase peinlich. Daß er wie ein Spürhund hinter seiner Tochter her sein würde, hatte er dem Amerikaner nicht zugetraut, und der rosigte Schimmer, in dem er die Dinge bisher gesehen, begann merklich ins Schwärzlich-Graue hinüberzugleiten.

„Dann haben Sie Wüfner Wendleton zuletzt gesehen?“  
„Nein.“

„Bei der Ankunft in Stuttgart, als ich ihr von dem Herrn Grafen vorgestellt wurde. Nachher ist sie mir nicht mehr vor die Augen gekommen. Nur die Frau Baronin kam dazu, als ich mit Wüfner Wendleton sprach. Ich glaube auch, daß sie was auf dem Herzen hatte, was sie mir gern mitgeteilt hätte. Aber der Amerikaner sah sie plötz-lich mit einem so sonderbaren Blick an, und da hielt sie den Mund.“

„Hat Ihnen Bartels nichts über seine Unterhaltungen mit Wüfner Wendleton erzählt?“

„Nicht viel, denn es ist ziemlich schwer, etwas aus ihm herauszukriegen. Hauptächlich wünschte der Amerikaner wohl von ihm zu erfahren, ob Sie wirklich ein Graf wären. Davon, daß die Sache nicht von vornherein zwischen Ihnen und Bartels abgeklart gewesen wäre, wollte er sich lange Zeit durchaus nicht überzeugen lassen. Und er glaubt, daß Sie mit dem Aufenthalt in Königsruh nur den Zweck verfolgt hätten, den Bicomte de Marigny außer Gefecht zu setzen.“

„Weiter hat Bartels Ihnen nichts gesagt?“

„Nein — außer daß er meinte — aber das darf ich doch wohl nicht wiederholen.“

„Wiederholen Sie es getrost! Bartels hat sicherlich nichts geäußert, das ich als unehrlich oder beleidigend empfinden müßte.“

„Er meinte, der verdammte Franzose habe Wüfner Wendleton herbeigerufen und auf Ihre Spur gefeßt, weil er verhindern wollte, daß Sie — daß Sie — Wüfner Wendleton —“

„Daß ich sie heirate? War es das, was er meinte?“

„Ein breites Grinsen erschien auf Hasenkamps Gesicht. „Genau das, Herr Graf! Und mit Ihrer gnädigen Erlaubnis: so meine ich auch.“

„Run, es mag wohl sein, daß Sie recht haben. Aber Sie können sich darauf verlassen, daß die Rechnung des Herrn Bicomte falsch war.“

„Daran haben wir nie gegweifelt — Bartels und ich. Wenn der Herr Graf sich eine Sache in den Kopf gefeßt hat, sagte ich, so wird sie auch bis zu Ende durchgeführt, ob sie nun vernünftig oder unvernünftig sein mag.“

„Lachend schlug ihm Kurt Dietrich auf die Schulter.“

„Dank für die gute Meinung, Hasenkamp! Und nun gehen Sie schlafen. Sie müssen ja eine tolle Fahrt hinter sich haben.“

„Ein Kinderspiel war es gerade nicht, Herr Graf! Aber ich wußte ja, daß man sie unserem Wagen getroßt zumuten durfte. Und ich hätte keine Müdigkeit mehr, wenn ich hoffen darf, daß der Herr Graf mit meine verschiedenen Dummheiten verziehen haben.“

„Lassen Sie sich darum keine grauen Haare wachsen. Keiner von uns ist sicher davor, gerade im bedeutungsvollen Augenblick irgendeine kapitalische Dummheit zu begehen. Und ich bin Ihnen wegen der Ihrigen schon längst nicht mehr böse.“

Mit beglücktem Gesicht zog sich Hasenkamp zurück, fester denn je entschlossen, für seinen Herrn, wenn es sein müßte, nicht bloß durch die und dünn, sondern auch durch Feuer und Wasser zu gehen. Kurt Dietrich aber verspürte nicht die geringste Reizung, die unterbrochene Unterhaltung im Rauchzimmer fortzusetzen. Er ließ sich Hut und Paletot bringen, schlenderte noch eine Weile aufs Geratewohl in den Strahlen umher, in seinem Gehirn allerlei edelso-lühne wie unaussprechbare Pläne wälzend, und ruhte endlich gegen Mitternacht sein Schlafzimmer auf, nicht eben sehr befriedigt von dem Verlauf dieses ersten Tages.

Während des ganzen nächsten Tages zwang er sich.

an dem gleich nach seiner Rückkehr begonnenen Reise-wert zu arbeiten. Denn wenn ihm auch seine Hergens-angelegenheit viel tausendmal wichtiger war als die Hoffnung auf schriftstellerische Vorbeeren, so wollte er doch Elybias Antwort abwarten, ehe er in dieser Angelegenheit irgend etwas weiteres unternahm. Daß diese Antwort morgen mit der ersten Post eintreffen würde, stand als unerschütterliche Ueberzeugung in seiner Seele fest. Und die zuversichtliche Erwartung dieser großen Freude half ihm glücklich über die endlos langen Stunden des laien-losen Tages hinweg.

Seinen alten Herrn bekam er heute nur ganz flüchtig zu Gesicht, und es wurden lediglich ein paar freundliche Worte über gleichgültige Dinge zwischen ihnen gewechselt, wie wenn sich durchaus nichts Besonderes ereignet hätte. In Wahrheit aber waren die Gedanken des alten Grafen unablässig mit der Affäre seines Sohnes beschäftigt, und er brachte den ganzen Tag damit zu, Erfundigungen über Wüfner Wendleton und seine Tochter einzuziehen. Das Resultat dieser Erfundigungen war, daß er im Laufe des Nachmittags seine Schwester aufsuchte und eine sehr lange und sehr ernstliche Unterredung mit ihr hatte. Gleich nach seiner Verabschiedung setzte sich dann die Gräfin an ihren Schreibtisch, um einen recht sorgfältig gefärbten Brief an die schöne Herta zu schreiben, einen Brief, in dem es nicht an einigen durchsichtigen Andeutungen und Anspielungen auf leichtfertige Aufschneider fehlte. Einen Wunsch, ihren Resten im Verlauf der nächsten Tage bei sich zu sehen, hatte sie gegen den Bruder nicht geäußert, und es war darum wohl anzunehmen, daß ihr für den Moment nicht allzuviel an seinem Besuche gelegen war.

Schon eine gute halbe Stunde vor der Zeit, zu der sich der Briefträger mit der Frühpost einzufinden pflegte, stand Kurt Dietrich am nächsten Morgen hinter dem Vorhang seines Fensters, um nach dem uniformierten Liebesboten auszulpähen, und kaum hatte er ihn im Seiteneingang des Palais verschwinden sehen, als er auch schon die elektrische Klingel in Bewegung setzte. Zu wahren Ewigkeiten dehnten sich ihm die Minuten, die bis zum Er-scheinen Berringers vergingen, und er mußte sich fast Ge-walt antun, um ihm die Briefschaften, deren er einen ganzen Stoß mitbrachte, nicht aus der Hand zu reißen. Hastig überflog er die Aufschriften, um einen Brief nach dem anderen achillas beiseite zu werfen. Und die tiefste Ent-schuldigung spiegelte sich auf seinem Gesicht, als er bis zum letzten gelangt war, ohne den wohlbeachteten, zierlichen und doch so angenehm festen Schriftzügen Elybias zu begegnen. „Ist nicht doch vielleicht noch ein Brief mit der Adresse Westenholz gekommen?“ wandte er sich an den auf weitere Befehle wartenden Kammerdiener. Berringer aber ver-neinte auf das bestimmteste. Er hatte die Postfächer selbst durchgesehen, um die für den jungen Grafen bestimmten auszuwählen, und es hätte ihm darum unbedingt auf-fallen müssen, wenn ein Brief mit dieser ungewöhnlichen Adresse darunter gewesen wäre.

„Mein Brief hat sie in Stuttgart nicht mehr erreicht,“ suchte Kurt Dietrich sich in des Hergens Stille zu trösten. „Er wird ihr mit ihren anderen Poststücken nachgeschickt werden, und ich werde spätestens morgen Ihre Antwort in den Händen haben.“

Er entließ den alten Diener und machte sich ohne be-sondere Reugier über die vorhin beiseite geschobenen Briefe her. Der zweite, der ihm unter die Finger kam, machte ihn stutzig. Die Handschrift war ihm unbekannt, aber die Briefmarke zeigte den Poststempel Stuttgart, und er hatte es nun plötzlich sehr eilig, ihn zu öffnen.